Newsletter 02/22, 28. Februar 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind an einem Punkt in unserer Geschichte, von dem wir gehofft hatten, ihn nicht mehr erleben zu müssen: Es herrscht Krieg in Europa. Wir sehen einschlagende Bomben, flüchtende Familien mit kleinen Kindern an der Hand, Aggression, Angst, Zerstörung. Und das in unserem Europäischen Haus, nicht irgendwo fern ab auf einem anderen Kontinent.
Putin greift das zweitgrößte Land Europas an. Mit seinem Angriff auf die Ukraine führt Putin nicht nur einen Krieg gegen dieses Land und seine Menschen, sondern auch gegen unser Wertesystem und unsere auf Völkerrecht basierende Weltordnung.

Aus Solidarität gehen viele Menschen in Deutschland auf die Straßen. Auch ich war bei der Kundgebung am Samstag in Lörrach dabei und habe als Bundestagsabgeordnete eine Rede gehalten. Die Worte gebe ich in diesem Grußwort wieder.

Wenn wir zusammenstehen, um Solidarität mit der Ukraine zu zeigen, muss uns bewusst sein, dass das nicht nur „einfach ein Konflikt“ ist, der zwischen zwei großen europäischen Ländern stattfindet. Es ist der große Konflikt auf der Welt: Um Demokratie und Freiheit.
Putin hat nicht nur der Ukraine den Krieg erklärt, er führt Krieg gegen Demokratie und Freiheit. Putins Krieg war von langer Hand vorbereitet, strategisch und kaltblütig geplant. Und wir müssen uns den Vorwurf gefallen lassen, dass wir lange weggeschaut haben, zu viel Verständnis gezeigt und logisch begründet haben. Es konnte nicht sein, was nicht sein durfte.

Wir haben die Annexion der Krim akzeptiert, haben nicht mehr hingeschaut, was seit dem in der Ukraine passiert. Auch nur wenige Medien haben noch berichtet, dass es die gesamte Zeit nicht friedvoll war zwischen der Ukraine und Russland.
Das, was jetzt passiert, ist die Fortsetzung eines eklatanten Bruchs des Völkerrechts. Und wahrscheinlich fragen sich auch alle, wie die Fortsetzung davon ist.

Es ist klar: Wir müssen und wir werden unsere Werte verteidigen, die NATO schützt unsere Außengrenze, aber die Ukraine ist kein Mitgliedsstaat der NATO und hat doch unsere volle Solidarität und Unterstützung verdient!

Wir müssen Russland jetzt eine sehr klare Antwort geben – diplomatisch, politisch und wirtschaftlich. Dabei ist besonders wichtig, dass die westliche Staatengemeinschaft in ihrer Reaktion zusammenbleibt und an einem Strang zieht.
Gestern ist daher der Bundestag zu einer Sondersitzung in Berlin angetreten, die man als historisch bezeichnen kann. In großer Einigkeit haben wir den europäischen Staaten und Verbündeten gezeigt, dass wir ein verlässlicher Partner sind und gemeinsam für unsere Werteordnung, Demokratie und Freiheit einstehen.

Meine Gedanken sind in diesen dunklen Stunden bei den Menschen in der Ukraine, den Menschen, die in den U-Bahnen sitzen und um ihr Leben fürchten, den Menschen, die schon tote Angehörige betrauern, und auch dem Präsidenten und seinen Regierungsmitgliedern, die gerade übermenschliche Stärke zeigen und ihren Mitmenschen damit ebenfalls Kraft geben. Ihnen gilt unsere volle Solidarität!

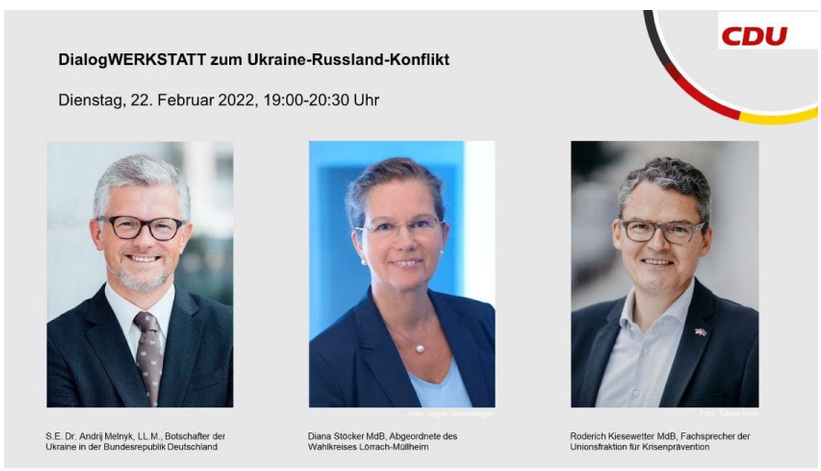
Wladimir Putin beenden Sie diesen Krieg! Laden Sie nicht noch mehr Schuld auf sich! Denken Sie auch an Ihre Kinder in Russland oder, um es mit dem Sänger Sting und seinem Lied "Russians" zu sagen und ich zitiere hier die letzte Strophe:

„Wir haben dieselbe Biologie
gänzlich abgesehen von der politischen Ideologie Was uns retten könnte, mich und dich ist, dass die Russen ihre Kinder auch lieben!“

Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir schreiben seit dieser Woche ein neues Kapitel der Zeitgeschichte. Viele von Ihnen werden wie ich auch in Sorge sein wie die nächsten Zeilen des Kapitels lauten. Aber zu Demokratie, Freiheit und Frieden darf es keinen Kompromiss geben. Die Menschen in der Ukraine verteidigen nicht nur ihr Leben, sondern diese Werte. Auch die Menschen in Russland, die mit großem Mut gegen die eigene Regierung auf die Straße gehen, verteidigen diese Werte. Es gibt keine Alternative. Wenn nicht jetzt, wann dann?!

Ihre



DialogWERKSTATT: Russland-Ukraine-Konflikt

Am vergangenen Dienstagabend fand eine weitere Folge der erfolgreichen Reihe DialogWERKSTATT statt. Meine Gesprächspartner in diesem öffentlichen Online-Gespräch waren der ukrainischen Botschafter Dr. Andrij Melnyk und Roderich Kiesewetter MdB, Experte für Krisenprävention. Dr. Melnyk schilderte die dramatische Situation in seinem Land und forderte Deutschland zur sofortigen und umfassenden Unterstützung auf. Der ukrainische Botschafter bezeichnete die Anerkennung der "Volksrepubliken Donezk und Luhansk" durch Wladimir Putin als offene Kriegserklärung Russlands, was sich leider zwei Tage später im Angriff der Ukraine manifestierte.
Roderich Kiesewetter MdB und Oberst a.D. sprach sich für die Unterstützung der Ukraine in jeglicher Hinsicht aus und mahnte Deutschland an, auch die Ausstattung der Bundeswehr schnellstmöglich und umfassend zu verbessern. Ein sehr interessanter Vorschlag seinerseits war, dass Deutschland die Verteidigung des Luftraums Europas federführend übernehmen könne. Dies würde zwar eine große Investition erfordern, gleichzeitig jedoch ein deutliches Zeichen setzen.
Auch die Bedeutung der Ukraine-Krise für die Region wurde angesprochen: Dabei ging es um die Ankunft von Geflüchteten, auf die Deutschland sich insgesamt und auch der Wahlkreis einstellen müsse. Ebenso wird sich der Anstieg der Energiepreise durch die Eskalation der Situation noch einmal verstärken.

Den Bericht der Badischen Zeitung zur Veranstaltung finden Sie hier.

Nicht einmal 48 Stunden nach der Veranstaltung wurden die geäußerten Befürchtungen wahr, Russland begann mit der Bombardierung verschiedener ukrainischer Städte im ganzen Land und rückte über den Ostteil des Landes mit Bodentruppen vor. Einmal mehr wird es die Zivilbevölkerung sein, die unter der Aggression leidet. Wyschhorod, die ukrainische Partnerstadt von Lörrach, liegt unweit der angegriffenen Hauptstadt Kiew.
Das skrupellose Vorgehen Putins ist aufs Schärfste zu verurteilen. Wir als Weltgemeinschaft müssen noch entschlossener zusammen an der Seite der Ukraine stehen.

Neues aus dem Bundestag

Die Bundesversammlung

Schon einige Tage vor dem 13. Februar liefen die Vorbereitungen für einen ganz besonderen Anlass in Berlin auf Hochtouren. Die 17. Bundesversammlung war ein erhebendes Ereignis. Als Bundestagsabgeordnete bin ich automatisch eine der 1472 Delegierten und durfte wählen. Aufgrund von Corona fand die Wahl anders als sonst in einem besonderen und ungewöhnlichen Rahmen im Paul-Löbe-Haus statt. Alle Wahlberechtigten wurden auf die verschiedenen Sitzungssäle über sechs Stockwerke verteilt, um so die Abstandsregeln einhalten zu können. Mein herzlicher Glückwunsch gilt Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde!

In seiner Antrittsrede hat er sehr klare und gute Worte zum Russland-Ukraine-Konflikt gefunden. Er machte deutlich, dass Deutschland selbstverständlich an der Seite seiner Verbündeten und ohne Zweideutigkeit zu seinen Bündnisverpflichtungen stehe.
Klar auch seine Worte zur Demokratie: Demokratie lebe von der Kontroverse, aber die klare rote Linie sei da, "wo Hass und Gewalt ins Spiel kommt". Ein besonderer Tag für alle Delegierten aus Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion, Kunst und Sport!
Einen würdigen Abschluss fand die Veranstaltung am Sonntagnachmittag mit einer Instrumentalversion der Nationalhymne.

Foto: Jens Oellermann

Am Rande der Bundesversammlung konnte ich unsere ehemalige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf einen Kaffee treffen und auch ein Foto mit ihr machen. Auch sie war als Delegierte dabei! Mein persönlicher Höhepunkt an diesem Tag.

Meine zweite Rede im Plenum

Meine zweite Rede im Plenum als Mitglied des Gesundheitsausschusses beschäftigte sich mit dem Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich und der sektoralen Impfpflicht.

Die wichtigsten Punkte:

In Anbetracht der Sachlage war es richtig, im Dezember die Entscheidung für eine sektorale Impfpflicht zu treffen. Aber Betreiber von Einrichtungen und auch wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind davon ausgegangen, dass im Vorfeld des Gesetzes die Umsetzung bereits mitgedacht und nach Beschluss zügig und ordentlich an Durchführungsbestimmungen und Handreichungen gearbeitet wird. Hier hat die Bundesregierung bis heute nicht geliefert!
In unserer Heimat spielt auch die Nähe zum Schweizer Arbeitsmarkt, der eine hohe Sogwirkung hat, eine große Rolle. Mitarbeitende, die sich bisher bewusst für ein deutsches Arbeitsverhältnis entschieden haben, gehen in die Schweiz. All diese Menschen werden unserem Gesundheitssystem nicht nur kurzfristig fehlen. Einmal umorientiert wird es schwierig sein, sie wieder zurückzugewinnen!
Die Beschäftigten im Gesundheitsbereich haben bereits jetzt ein außerordentlich hohes Maß an Impfbereitschaft an den Tag gelegt. Dafür und für den riesigen Einsatz in diesen schwierigen Zeiten gebührt ihnen großer Dank!

Das Video zur Rede finden Sie hier.

Staffelstabübergabe in der Fraktion - auf Brinkhaus folgt Merz

Wir haben den neuen Fraktionsvorsitzenden der Union im Bundestag gewählt und den bisherigen verabschiedet: auf Ralph Brinkhaus folgt Friedrich Merz. Ich konnte Ralph Brinkhaus gemeinsam mit den anderen neuen Unions-Abgeordneten im Bootcamp im November kennenlernen und habe ihn in den vergangenen Monaten für seine humorvolle Art und seine engagierte Arbeit sehr geschätzt.
„Politik ist Mannschaftssport!“, sagt Ralph Brinkhaus immer und wir sagen „Danke für Deine Arbeit als Mannschaftskapitän“!

Mein herzlicher Glückwunsch gilt nun natürlich Friedrich Merz! Nachdem er bereits mit einem überzeugenden Ergebnis zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, liegen nun Partei- und Fraktionsvorsitz wieder in einer Hand. Friedrich Merz nach seiner Wahl: „Mit Freude und Dankbarkeit nehme ich diese Aufgabe an, …. ich werde die Unionsfraktion in einem guten Geiste gemeinsam vertreten, … Opposition ist staatsbürgerliche Verantwortung!“
Wir freuen uns auf Oppositionsarbeit der Union unter der Führung von Friedrich Merz! Verbindlich im Ton, aber klar und hart in der Sache!

Plenarwoche 14. - 18. Februar 2022

In dieser Plenarwoche gab es zwei bestimmende Themen: Deutschlands Haltung zur russischen Aggression gegenüber der Ukraine und die auch damit zusammenhängenden explodierenden Energiepreise.
Mit dem Antrag "Russlands Politik mit der Geschlossenheit des Westens entgegentreten" positioniert sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eindeutig zu ihrer Russlandpolitik. Deutschland hat ein grundsätzliches Interesse an guten Beziehungen mit Russland als wichtigem Nachbarstaat in Europa. Die deutsch-russischen Beziehungen sind vielfältig und reichen weit in die Geschichte zurück. Die gemeinsame Friedens- und Sicherheitsordnung, die durch den KSZE-Prozess, die Abrüstungsvereinbarungen in den 1980er Jahren und die NATO-Russland-Grundakte 1997 nach dem zweiten Weltkrieg über ideologische Grenzen hinweg entwickelt wurde, ist Rahmen und Garant dafür, Frieden, Stabilität und Sicherheit für alle Menschen in Europa zu schaffen. Zu dieser Friedensordnung gehören die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten, die Unverletzbarkeit der Grenzen ebenso wie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Für Deutschland als dem Frieden und der internationalen, regel-basierten Ordnung verpflichtete Nation im Herzen Europas ist diese Friedensordnung eine Existenzgrundlage. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem elementaren Interesse, diese Friedensordnung und ihre Institutionen nach Kräften zu verteidigen. Wir werden es nicht hinnehmen, wenn sie missachtet wird.
Allerdings stellt Russland diese Friedensordnung seit Jahren gezielt in Frage. Russland hat Völkerrecht gebrochen und als unverletzlich geltende Grenzen verschoben, als es die Krim annektierte und im Donbass militärisch intervenierte. Es hat die Charta der Vereinten Nationen, die Charta von Paris, die Nato-Russland-Grundakte sowie das Memorandum von Budapest verletzt und damit diese gemeinsam aufgebaute und von Russland mitunterzeichnete und lange mitgetragene europäische Sicherheitsordnung fundamental infrage gestellt. Damit greift Russland den Kern auch deutscher Interessen an. Der nunmehr erfolgte Einmarsch in die Ukraine bestätigt dies noch einmal deutlich.

Unmittelbar damit hängt auch die Energiepreis-Problematik zusammen, zu der die Union den Antrag "Verbraucherinnen und Verbraucher vor Energiepreissteigerung schützen" eingebracht hat. Mittlerweile wurde das Genehmigungsverfahren für die Ostseepipeline Nord Stream 2 auf Eis gelegt. Dies verstärkt die Energiekrise noch einmal: „Steigende Energiepreise dürfen nicht zu Existenzängsten führen. Jetzt muss beherzt gehandelt werden - statt halbherzig wie von der Ampel-Koalition. Wichtige Bereiche der Grundversorgung wie Energie, Mobilität und Wohnen müssen für jedermann bezahlbar bleiben. Wir wollen deshalb die Erneuerbare-Energien-Umlage so schnell wie möglich abschaffen, mit der alle privaten und gewerblichen Verbraucher über die Stromrechnung belastet werden.“

Der Staat darf kein Nutznießer steigender Energiepreise sein. Daher muss die Stromsteuer auf den europarechtlichen Mindestsatz abgesenkt werden. Es ist ebenso wichtig, dass der Heizkostenzuschuss bedarfsgerecht ausgeweitet wird. Auch die Menschen, die tagtäglich zur Arbeit pendeln, brauchen Unterstützung. Darum muss die Pendlerpauschale erhöht werden. Um Arbeitsplätze besonders in energieintensiven Bereichen zu sichern, müssen außerdem die Unternehmen gezielt unterstützt werden. Die CDU steht für eine lösungsorientierte Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nimmt!

Weitere Punkte unseres Antrags im Bundestag:

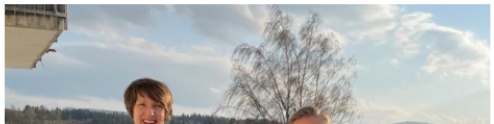
- Absenkung der Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent.
- Energiesteuerentlastungen für den bei Benzin und Diesel beigemischten Biokraftstoff.
- Anpassung des Einkommensteuertarifs an die hohe Inflation.
- Verlängerung von Stromsteuererstattungen für energieintensive Industrien.
- Schnellere und bessere Absetzbarkeit von Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz.
- Neue Instrumente für energieintensive Branchen, beispielsweise einen Industriestrompreis, eine Strompreiskompensation und die Teilnahme an Carbon Contracts for Difference (CCfD)-Programmen.
- Zuschüsse zu den Übertragungsnetzentgelten ab 2023 und Schaffung des Förderrahmens für die Gewährung von Zuschüssen für die stromkostenintensive Industrie laut Kohleausstiegsgesetz.
- Niedrigere Zugangsschwellen und höhere Kompensationsgrade beim Carbon-Leakage-Schutz (Maßnahmen zum Schutz vor der Verlagerung von CO2-Emissionen).
- Beschleunigter Ausbau und weitere Förderung klimafreundlicher Technologien auf einem hohen Niveau, um Stück für Stück Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erreichen.

Außerdem war ich zum ersten Mal als Schriftführerin eingesetzt. Schriftführer sind Abgeordnete, die der Bundestag auf Vorschlag ihrer Fraktionen in dieses Amt wählt. Je zwei Schriftführer bilden mit der amtierenden Bundestagspräsidentin den Vorstand bei Bundestagssitzungen und sind rechts und links der Präsidentin platziert. In der Regel gehört einer den Regierungsfraktionen und einer der Opposition an.
Als Schriftführer nimmt man Anträge und Wortmeldungen entgegen, verliest Schriftstücke, führt Rednerlisten, überwacht die Korrekturen des Plenarprotokolls und stellt das Ergebnis von Abstimmungen fest. Bei letzterem fand mein erster Einsatz statt: Ich habe die Wahl der Mitglieder des Vertrauensgremiums an einer Urne überwacht und im Anschluss mit ausgezählt.

Neues aus dem Wahlkreis

Die KfW-Förderung im Landkreis Lörrach beläuft sich für das Jahr 2021 auf insgesamt 345 Millionen Euro!

Von den insgesamt 345 Millionen Euro wurden 238 Millionen Euro für die Förderung von "Energieeffizienz und erneuerbaren Energien“ bereitgestellt. Dies freut mich sehr, denn dies ist eine Investition in die Zukunft!
Besonders relevant sind darüber hinaus 23,9 Millionen für die Förderung "Wohnen & Leben". Dazu gehören unter anderem das KfW-Wohneigentumsprogramm, der Baukindergeld-Zuschuss und Förderungen für altersgerechtes Umbauen. In diesem Bereich, insbesondere beim altersgerechten Umbauen, wird der Bedarf in der Zukunft steigen.
Beim Umgang des Bundeswirtschaftsministeriums mit den Förderprogrammen für klimafreundliches Bauen und energieeffizientes Sanieren kann man nur mit dem Kopf schütteln: Zunächst wurden sämtliche Förderprogramme für klimafreundliches Bauen und energieeffizientes Sanieren gestoppt und wenige Tage später wieder aufgenommen, zumindest für die Anträge, die bis 24. Januar bereits gestellt waren. Es muss klar sein: Alle, die klimaschonend bauen wollen, müssen eine verlässliche Perspektive bekommen. Nach dem chaotischen Verhalten des Bundeswirtschaftsministeriums erhoffen sich nun Familien, Häuslebauer und das Bauhandwerk nun völlig zurecht umso mehr Verlässlichkeit und Planungssicherheit!



Antrittsbesuch bei der Bürgermeisterin von Schwörstadt Christine Trautwein-Domschat!

Wir sprachen unter anderem über die dringend notwendige Trasse 6 der A98, um den Ortskern von Schwörstadt zu entlasten. Bereits jetzt führt Schwörstadt ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) durch und hat dafür 1,16 Millionen Euro Förderung über zehn Jahre erhalten. Damit wird mit öffentlichen und privaten Maßnahmen auf rund 11.200 m² die Ortsmitte Schwörstadt weiter entwickelt. Außerdem ist Schwörstadt eine von 19 Kommunen, die eine Förderung erhalten hat, um ein Konzept für ein Kinderbildungszentrum zu erstellen.

Für Schwörstadt ist - wie für alle anderen Kommunen entlang des Hochrheins - die Hochrheinelektrifizierung wichtig, einschließlich der Erschließung der Bahnhöfe, Bahnsteige, Bahnüber- und -unterführungen!

Augenblicke

... Antrittsbesuch bei Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer in Freiburg ... Austausch mit Landrätin Marion Dammann zur Hochrheinautobahn A98...

... Besuch von der TEK-SERVICE AG aus dem Wahlkreis im Bundestag ... Gespräch mit Dr. Christoph Münzer, Hauptgeschäftsführer der WVIB Schwarzwald AG, Wirtschaftsverband industrieller Unternehmer in Baden ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Dienstag, 01. März

TEB Expertengruppe grenzüberschreitende Hindernisse

18:00 Uhr Telefonsprechstunde: Rufen Sie an unter 07621 42 58 033!

Mittwoch, 02. März

Gesprächsrunde sozialer Wohnungsbau mit meinem Bundestagskollegen Takis Mehmet Ali und der Wohnbau Rheinfelden GmbH

Freitag, 04. März

Digitale Konferenz des CDU-Kreisverbandes Lörrach mit CDU-Bezirksverbandes Südbaden

Montag, 14., bis Freitag, 25. März

Plenarwochen in Berlin

Montag, 14. März

Mitgliederversammlung Aktion Psychisch Kranke e.V., Berlin

Mittwoch, 16. März

Krankenhausgipfel 2022

Dienstag, 29. März

Beirat Jobcenter

Mittwoch, 30. März

CDU-Kreistagsfraktionsitzung

Donnerstag, 01. April

12:00 Uhr Neujahrsempfang CDU Wirtschaftsrat Lörrach

weiterleiten

Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de